



Marktgemeinde Bernstein

7434 Bernstein, Alois Wesselyplatz 6
Bezirk Oberwart, Burgenland
Tel.: 0 33 54 / 65 02, Fax: 63 95 E-Mail: post@bernstein.bgld.gv.at
UID: ATU16248004, www.bernstein.gv.at

Niederschrift.

aufgenommen am Dienstag, den 4. April 2017, im Sitzungssaal des Gemeindeamtes Bernstein bei der Sitzung des **Gemeinderates**

Beginn: 20:00 Uhr
Schriftführer: AR Marth Uwe

Anwesend:

Bürgermeisterin Habetler Renate
Böhm Wilhelm, Schaffer Silvia, Laschober Alexander, Böhm Gerald, Stampf Christian, Mag. Fleck Ernst, Baldauf Thomas, Schmidt Alfred, Panc Raluca-Dana, Ing. Kappel Andreas, Pichlbauer Thomas, Marth Joachim
Vizebürgermeister Ing. Zettl Markus, Puhr Adolf, Meichenitsch Josef, Wiesinger Helmut, Ing. Weber Bernhard, Derkits Gerald, Roth Manfred, Fürst Adolf
Kager Karl Josef
OV Katona Petra und OV Böhm Gerhard

Nicht anwesend:

Zumpf Gerhard, entschuldigt

Die Bürgermeisterin begrüßt die erschienenen Gemeinderatsmitglieder sowie alle anderen Anwesenden und Zuhörer.

Da bei der Gemeinderatssitzung am 24. März 2017 ab dem Tagesordnungspunkt Nr. 5 (Gemeindezentrum-Neu; Mietvereinbarung zwischen der Oberwarter gemeinnützigen Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft reg. Gen.m.b.H. und der Marktgemeinde Bernstein; Beschlussfassung) die Beschlussfähigkeit nicht gegeben war, wurde eine neuerliche Sitzung gemäß § 41 Abs. 2 Bgld. Gemeindeordnung für die gleichen Verhandlungsgegenstände einberufen. Der Gemeinderat ist in diesem Falle beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder des Gemeinderates anwesend ist.

Die Bürgermeisterin stellt fest, dass 22 Mitglieder des Gemeinderates anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

Die Bürgermeisterin stellt weiters fest, dass mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Gemeinderates anwesend sind und daher auch zusätzliche Verhandlungsgegenstände mit einstimmigen Beschluss auf die Tagesordnung genommen werden können. Sie stellt die Frage, ob es solche Anträge gibt.

Vizebürgermeister Ing. Zettl Markus stellt folgende Anträge:

- Den TOP 1 und den TOP 2 von der Tagesordnung zu entfernen
- Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes: „Terminvergabe für eine Gemeindeversammlung laut § 51 der Gemeindeordnung für das Projekt Gemeindezentrum-Neu“

Abstimmung:

Für die Aufnahme der beiden Anträge stimmten: Vizebürgermeister Ing. Zettl Markus, Puhr Adolf, Meichenitsch Josef, Wiesinger Helmut, Derkits Gerald, Roth Manfred, Fürst Adolf und Kager Karl Josef

Gegen die Aufnahme der beiden Anträge stimmten: Bürgermeisterin Habetler Renate, Böhm Wilhelm, Schaffer Silvia, Laschober Alexander, Böhm Gerald, Stampf Christian, Mag. Fleck Ernst, Baldauf Thomas, Schmidt Alfred, Panc Raluca-Dana, Kappel Andreas, Pichlbauer Thomas, Marth Joachim und Ing. Weber Bernhard

Aufgrund dieser Abstimmung sind die Anträge abgelehnt.

Gegen die Niederschrift von der GR-Sitzung am 24. März 2017 werden keine Einwände vorgebracht. Sie gilt demnach als genehmigt. Die Bürgermeisterin ersucht die Protokollbeglaubiger GR Böhm Gerald und GR Wiesinger Helmut die Niederschrift zu unterfertigen. Die Bürgermeisterin stellt weiters die Frage, ob die Niederschrift der letzten Sitzung verlesen werden soll. Da dies von keiner im Gemeinderat vertretenen Fraktion gewünscht wird, geht die Bürgermeisterin zur Tagesordnung über.

Tagesordnung:

1. Gemeindezentrum-Neu; Mietvereinbarung zwischen der Oberwarter gemeinnützigen Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft reg. Gen.m.b.H. und der Marktgemeinde Bernstein; Beschlussfassung
2. Oberwarter gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft reg. Gen.m.b.H.; Kaufangebot für das Gemeindeamt, Alois-Wesselyplatz 6
3. Güterweg Rettenbach-Dreihütten; Verpflichtungserklärung über die programmierte Instandhaltung; Beschlussfassung
4. Charta zur nachhaltigen Gesundheitsförderung in der Gemeinde Bernstein; Beschlussfassung

5. Gewährung einer Förderung der Landwirte im Ortsteil Dreihütten für die Jahre 2017 bis 2021; Beschlussfassung
6. FF-Stuben, Ankauf eines Kleinlöschfahrzeuges (KLF) samt Tragkraftspritze
7. Errichtung eines Lagerraumes in Redlschlag; diverse Vergaben
8. Ankauf der Grundstücke Nr. 289 und 290 KG Bernstein (Fassl Gerda, Marktgasse 18); Grundsatzbeschluss
9. Allfälliges

Zu TOP 1:

Bürgermeisterin:

Zu aller erst darf ich Herrn Hofrat DI Schmidt Johann und Herrn Ing. Fleck Andreas von der OSG recht herzlich begrüßen. Beide Herren stehen für Detailfragen zum geplanten Bauprojekt zur Verfügung.

Trotz heftiger Kritik von den Fraktionen der ÖVP und der FPÖ in den letzten Tagen, möchte ich einleitend festhalten, dass sowohl ich als auch die SPÖ-Fraktion nach wie vor von diesem Bauprojekt überzeugt sind. Aus diesem Grund möchte ich heute noch einmal ausführlich dazu Stellung nehmen und auch einige Falschmeldungen in diversen Medien richtig stellen.

Seit dem Grundsatzbeschluss vom 23. September 2016 (Die Gemeinde tritt vom Kaufangebot der Bilek-Krischner-Simon OG zurück und wird das Projekt Gemeindezentrum-Neu mit der OSG weiter verfolgen) haben zu diesem Thema insgesamt 9 Sitzungen (Gemeinderat und Gemeindevorstand) und 2 Ortsausschusssitzungen stattgefunden. Mit Ausnahme bei der Gemeindevorstandssitzung am 19.10.2016 war Herr Vizebürgermeister Zettl bei allen Sitzungen anwesend und hat mit uns gemeinsam dieses Thema aufgearbeitet und verfolgt. Der Vorschlag, dass es nur Sinn macht, am Standort Hauptstraße 68 sowohl Gemeindeamt als auch Bauhof unterzubringen, ist sogar vom Herrn Vizebürgermeister gekommen.

Zusätzlich zu diesen Sitzungen hat es noch Besprechungen mit der OSG bzw. mit dem Planverfasser Architekt Neubauer gegeben. Am 3. März 2017 gab es eine erweiterte Vorstandssitzung, wo von den Vertretern der OSG die Ausschreibungsergebnisse mit den genauen Angebotspreisen vorgelegt wurden. Dabei wurde auch ein Termin für eine Bauverhandlung vereinbart.

Den Vorwurf, dass keine anderen Standorte für ein Gemeindezentrum von mir in Betracht gezogen wurden, weise ich zurück und ich nehme dazu wie folgt Stellung:

Im Jahr 2015 wurde von Schülerinnen und Schülern der HTL-Pinkafeld eine Maturaarbeit erstellt. Dabei wurde eine Planung samt Kostenschätzung für ein Gemeindezentrum am Hauptplatz (Objekt ehemaliges GH Hanel) in Betracht gezogen. Die geschätzten Gesamtbaukosten wurden mit ca. EUR 2,6 Mio. beziffert. Bei diesem Projekt war allerdings kein Bauhof vorgesehen.

Der geeignetste Standort für ein Gemeindezentrum wäre für mich die Liegenschaft zwischen Bäckerei Koll und Cafe Alt Wien von der Familie Simon gewesen. Leider ist die Familie Simon nicht bereit die erforderlichen Grundstücke an die Gemeinde zu verkaufen.

Zur Sanierung des derzeitigen Gemeindeamtes möchte ich folgendes erwähnen. Letzten Dienstag hatte ich ein Gespräch mit Herrn Dr. Wagner Johann. Ich habe ihn über unser beabsichtigtes Bauprojekt informiert und er hat es als sehr sinnvoll beurteilt. Es gibt bereits einen Interessenten für die Nachfolge der Arztpraxis. Allerdings müsste man die derzeitigen Räumlichkeiten um ca. 50 m² erweitern und auch einige andere Umbauarbeiten durchführen. Zudem könnte man noch beispielsweise eine Physiotherapie im Erdgeschoß unterbringen. Damit wäre das gesamte Erdgeschoß bereits ausgebaut. Es gibt massive Parkplatzprobleme rund ums Gemeindeamt. Man bräuchte eine neue Heizung und einen Aufzug zwecks Barrierefreiheit. Das allein wären Kosten von mehr als EUR 150.000,00. Und einen Bauhof hätten wir immer noch nicht. Man sieht also, dass eine Sanierung des Gemeindeamtes schon aufgrund des Platzmangels keine Lösung ist.

Betreffend des Bauhofs beim Feuerwehrhaus habe ich auch einige Gespräche mit der Feuerwehr Bernstein geführt. Hier ist man auch der Meinung, dass man Bauhof und Feuerwehrhaus trennen sollte.

Zu den Medienberichten möchte ich ausdrücklich festhalten, dass es sich bei diesem Projekt um eine Miet-Kauf-Variante mit der OSG handelt. Das heißt, dass nach Ablauf der Laufzeit von maximal 25 Jahren, die Flächen des Gemeindeamtes, des Sitzungssaales und des Bauhofes samt anteiliger Parkplätze ins Eigentum der Gemeinde übergehen. Ein weiterer wichtiger Punkt, welcher nicht angeführt wurde, ist der, dass wir vom Landeshauptmann für dieses Bauprojekt eine Bedarfszuweisung in Höhe von EUR 200.000,00 bereits zugesichert bekommen haben.

Des Weiteren hat die Gemeinde die Aufsichtsbehörde über das geplante Bauvorhaben in Kenntnis gesetzt und um Prüfung der finanziellen Vertretbarkeit ersucht.

Mit Schreiben vom 9. März 2017, Zahl: A2/G.BERNS-10005-3-2017, hat die Aufsichtsbehörde schriftlich dazu Stellung bezogen. Zusammenfassend teilt die Abteilung 2 mit, dass auf Grundlage der Finanzkennzahlen die finanzielle Vertretbarkeit für die Leasingfinanzierung des Gemeindezentrums gegeben ist, zumal die jährlichen Leasingraten von EUR 76.644,00 durch die auslaufenden Darlehen in den Jahren 2018 und 2019 mit einem frei werdenden finanziellen Spielraum von EUR 85.190,00 kompensiert werden.

Abschließend darf ich festhalten, dass die OSG für uns bereits alle Gewerke ausgeschrieben hat. Somit gibt es Kostensicherheit. Ich bitte nun um eure Wortmeldungen.

Vizebürgermeister:

Wann haben wir die Kosten erfahren?

Bürgermeisterin:

Am 3. März 2017 bei der erweiterten GV-Sitzung mit der OSG.

Vizebürgermeister:

Nein, wir haben sie am 16. März 2017 bei der GV-Sitzung bekommen.

Bürgermeisterin:

Dann frage ich mich, warum die FPÖ bei ihrer Aussendung schon vorher die Zahlen kannte. Aber ich darf hier gleich das Wort an die Vertreter der OSG weiterleiten.

Ing. Fleck Andreas (OSG):

Bei dieser erweiterten GV-Sitzung am 3. März 2017 waren auch Herr Dr. Kollar und Herr Hofrat Schmidt anwesend. Dabei wurden sehr wohl die Kosten von allen bereits ausgeschriebenen Gewerken, mit Ausnahme der Elektroarbeiten, vorgelegt. Dabei kann man von Fixpreisen ausgehen. Zwischenzeitlich gibt es auch ein Anbot über die Elektroarbeiten, welches sich im Rahmen der Kostenschätzung bewegt. Diese Kostenzusammenstellung wurde in dieser Sitzung an alle Anwesenden verteilt. Vereinbart wurde auch die Verwertung der Reservefläche im Untergeschoß. Diese soll für 3 Jahre mietfrei gestellt werden. Erst dann kann die Gemeinde auf diese Fläche zugreifen, muss aber nicht. Im Übrigen kann davon ausgegangen werden, dass die Kosten sicher nicht überschritten werden. Das wurde auch von Herrn Dr. Kollar bestätigt.

Vizebürgermeister:

Ich habe noch Fragen zur Vereinbarung mit der OSG: Die Reservefläche von 330,37 m², mit einem Betrag von EUR 4.656,00/Jahr wird für 3 Jahre mietfrei gestellt. Was passiert damit nach 3 Jahren, muss die Gemeinde für diese Fläche zahlen?

Bürgermeisterin:

Diese Fläche wird für 3 Jahre mietfrei gestellt. Danach werden wir mit der OSG verhandeln. Gemeinsam werden wir nach Lösungen suchen.

Vizebürgermeister:

Betriebskosten und öffentliche Abgaben gehen zu Lasten der Gemeinde. Von welchen Beträgen sprechen wir hier?

Ing. Fleck Andreas (OSG):

Wie hoch die Betriebskosten sein werden, kann ich jetzt natürlich noch nicht sagen, weil es auch keine Erfahrungswerte gibt. Fakt ist, dass eigene Wärmemengenzähler für Heizung und Warmwasser und eigene Stromzähler installiert werden. Es ist technisch auch möglich Gemeindeamt und Bauhof getrennt voneinander abzurechnen. Jedenfalls wird das Gebäude auf dem neuesten wärmetechnischen Stand umgebaut und saniert.

Vizebürgermeister:

Zum Punkt VIII, Punkt 4: *„Alle Arbeiten, die üblicherweise zu den Pflichten eines Anlagenbetreuers gehören, insbesondere die Grün- und Gartenbetreuung, die Bewachung, die Schneeräumung und die Streupflicht hinsichtlich des Mietgegenstandes obliegt der Gemeinde“.*

Bürgermeisterin:

Diese Arbeiten werden von den Gemeindearbeitern erledigt.

Vizebürgermeister:

Seite 6, Punkt XI: *„Die Gemeinde verpflichtet sich, den Mietgegenstand pfleglich zu behandeln und sämtliche am Mietgegenstand notwendig werdenden Reparaturen auf eigene Kosten durchzuführen und überhaupt den Mietgegenstand auf eigene Kosten in gutem und brauchbarem Zustand zu erhalten.*

Die Gemeinde ist insbesondere verpflichtet, die Heizungs-, Belüftungs- und Entlüftungsanlagen, ferner sämtliche Elektro- und Wasserinstallationen stets in betriebsfähigem Zustand zu erhalten und diese frei von Störungen unverzüglich sach- und fachgemäß auf eigene Kosten instand setzen zu lassen.“

DI Schmidt Johann (OSG):

Die Gemeinde muss für diese Arbeiten aber auch nichts bezahlen.

Ing. Fleck Andreas (OSG):

Es besteht natürlich die Möglichkeit, dass diese Arbeiten die OSG übernimmt. Dafür gibt es dann ein Instandhaltungskonto, welches über die Miete finanziert werden würde.

Vizebürgermeister:

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Mietkosten rapide ansteigen werden, wenn die Gemeinde für alle Instandhaltungsarbeiten aufkommen muss. Damit wird alles viel teurer.

Ing. Fleck Andreas (OSG):

Dieses Gebäude verfügt über eine Pellets-Heizungsanlage, welche natürlich von der OSG gewartet wird. Die Instandhaltungspflicht für die Gemeinde betrifft beispielsweise die Heizkörper, wenn diese zu entlüften sind. Ansonsten fallen hier keine Arbeiten an. Oder die Gemeinde hat auch dafür zu sorgen, dass die Dachrinnen nicht verstopft sind.

Vizebürgermeister:

Wie sieht es bei der Klimaanlage aus?

Ing. Fleck Andreas (OSG):

Hier wird ein eigener Wartungsvertrag abgeschlossen.

Vizebürgermeister:

Hier fallen dann auch wieder zusätzliche Kosten an?

Ing. Fleck Andreas (OSG):

Einmal im Jahr muss eine Wartung durchgeführt werden.

Vizebürgermeister:

Zu Punkt XII: „Sollten sich Änderungen hinsichtlich dieser Grundlagen und steuerlichen Bestimmungen ergeben, so ist die Vermieterin berechtigt, die Miete entsprechend anzupassen. Dies gilt für direkte und indirekte (z.B. Änderung der Refinanzierungsstruktur der Vermieterin) Auswirkungen auf die Kalkulation.“ Das bedeutet, dass es schon teurer werden kann?

Bürgermeisterin:

Du als Unternehmer solltest schon wissen, dass es ständig zu Indexanpassungen, steuerrechtlichen Änderungen sowie Zinsänderungen kommt.

Vizebürgermeister:

In dieser Vereinbarung steht nichts über den Fixzinssatz.

DI Schmidt Johann (OSG):

Der Zinssatz ist in der Kostenschätzung angeführt und beträgt derzeit 1,1%.

Vizebürgermeister:

Da steht aber nichts von einem Fixzinssatz.

DI Schmidt Johann (OSG):

Wenn ihr eine Bank habt, die einen Fixzinssatz von 1,1% auf 25 Jahre garantiert, dann machen wir es mit dieser. Nur wird es diese nicht geben.

Vizebürgermeister:

Daher muss das ganze teurer werden.

DI Schmidt Johann (OSG):

Es kann aber auch billiger werden.

Vizebürgermeister:

Zu Punkt XIII: „Alle mit der Errichtung dieses Vertrages verbundenen Gebühren, Abgaben und Steuern trägt die Gemeinde.“ Wieder Mehrkosten für die Gemeinde.

Was geht nach Ablauf der 25 Jahren dann ins Eigentum der Gemeinde über?

DI Schmidt Johann (OSG):

Alle Flächen die von der Gemeinde genutzt werden sowie die anteiligen Parkplätze.

Vizebürgermeister:

Ist das genau definiert?

DI Schmidt Johann (OSG):

Es sind die genauen Flächen für das Gemeindeamt und den Bauhof angeführt.

Vizebürgermeister:

Es müssen auch die Parkplätze in der Vereinbarung aufgenommen werden.

Ing. Fleck Andreas (OSG):

Diese vorliegende Vereinbarung ist ein Entwurf. Dieser wird vor Unterfertigung noch dementsprechend angepasst. Als Eigentümer ist die Gemeinde dann mit den anteiligen Flächen und Parkplätzen im Grundbuch eingetragen. Das ist genauso, wie bei einer Eigentumswohnung.

Bürgermeisterin:

Dieses Bauprojekt betrifft in finanzieller Hinsicht alle 5 Ortsteile. Deshalb bitte ich nun die Ortsvorsteher kurz dazu Stellung zu beziehen. Ich darf mit der Ortsvorsteherin aus Dreihütten beginnen.

OV Katona Petra:

Ich darf hier für den kleinsten Ortsteil der Großgemeinde Bernstein sprechen. Ich stehe diesem Bauvorhaben überaus positiv gegenüber. Ich bin auch Gemeindebedienstete und bin daher der Meinung, dass es durchaus ein Vorteil ist, wenn die Gemeindeverwaltung und der Bauhof in einem Gebäude untergebracht werden würden.

OV Böhm Wilhelm:

Ich sehe es genauso. Gemeindeverwaltung und Bauhof sollten in einem Gebäude sein. Man kann zwischen Gemeindeverwaltung und Bauhof viel besser koordinieren. Die derzeitigen Arbeitsbedingungen im Bauhof sind meiner Meinung nach menschenunwürdig. Ich bin im Hauptberuf Polier und weiß daher wovon ich spreche. Wir, und da meine ich unsere Fraktion, treten dafür ein, dass das Feuerwehrhaus Bernstein und der Bauhof getrennt werden sollen. Jeder Ortsteil hat sein eigenes Feuerwehrhaus und das soll auch in Bernstein so sein. Dies gilt auch für den beabsichtigten Ankauf des Fassel Grundstückes. Diese gesamte Liegenschaft samt Feuerwehrhaus soll zukünftig den Ortsteil Bernstein betreffen.

Bürgermeisterin:

Den Gemeindearbeitern steht lediglich ein Aufenthaltsraum im Ausmaß von 7 m² zur Verfügung. Sie müssen die Sanitäranlagen der Feuerwehr benützen. Dadurch gab es in den letzten Jahren immer wieder Reibungspunkte. Diese Zustände müssen daher unbedingt geändert werden. Aus diesem Grund darf ich unseren Feuerwehrkommandanten Ing. Weber Bernhard ersuchen, dazu Stellung zu nehmen.

GR Ing. Weber Bernhard:

Aus feuerwehrtechnischer Sicht kann ich das durchaus bestätigen. Es gibt immer wieder Reibungspunkte zwischen Gemeinde und Feuerwehr. Ich bin hier auch der Meinung wie der Ortsvorsteher aus Redlschlag, dass man eine räumliche Trennung zwischen Feuerwehr und Bauhof braucht. Es sind ausreichende Lagerflächen und ordentliche Sozialräume unbedingt notwendig. Zudem ist das gesamte Feuerwehrhaus sanierungsbedürftig. Es liegen uns bereits Kostenschätzungen vor. Ich bin der Meinung, dass wir, was die Sanierung des Feuerwehrhauses betrifft, keinen Schnellschuss machen sollten. Ich werde zeitnah Gespräche mit der Gemeinde über die Sanierung des Feuerwehrhauses aufnehmen.

Bürgermeisterin:

Da der Ortsvorsteher aus Rettenbach erkrankt ist und nicht anwesend sein kann, darf ich Herrn GR Böhm Gerald ersuchen, stellvertretend für den Ortsteil Rettenbach dazu Stellung zu nehmen.

GR Böhm Gerald:

Wir haben über dieses Projekt bei der Budgetsitzung im Ortsausschuss gesprochen. Auch wir sind der Meinung, dass die Unterbringung der Gemeindeverwaltung und des Bauhofs in einem Gebäude die beste Lösung ist.

GR Laschober Alexander:

Einleitend möchte ich erwähnen, dass dieses Projekt wirklich sehr gut vorbereitet wurde und es auch genügend Informationen gegeben hat. Auch wir haben im Rahmen unserer Budgetsitzung darüber gesprochen und finden auch, dass dieses Bauprojekt umgesetzt werden soll.

Vizebürgermeister:

In Zukunft müssen alle Geräte die die Gemeinde besitzt und besitzen wird in diesem Bauhof untergebracht werden.

Bürgermeisterin:

Dafür werde ich schon sorgen. Im neuen Bauhof wird genügend Lagerplatz sein. Durch die Standortverlegung wird sich an der guten Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Bernstein sicher nichts ändern. Das ist mir nämlich sehr wichtig.

DI Schmidt Johann (OSG):

In diesem Zusammenhang darf ich erwähnen, dass bei der Planung des Bauhofes durch den Planverfasser auf diese Dinge Rücksicht genommen wurde. Es wurde von den Bauhofmitarbeitern eine genaue Geräteliste vorgelegt. Folge dessen wird es ausreichend Lagerflächen geben.

GR Meichenitsch Josef:

Gehen eigentlich auch die Flächen für den Nahversorger und des Friseurs in das Eigentum der Gemeinde über?

Bürgermeisterin:

Nein. Nur die Flächen für das Gemeindeamt und den Bauhof samt anteiliger Parkplätze.

GR Kager Karl Josef:

Warum wurden nicht die einzelnen Ortsausschüsse mit diesem Projekt betraut? Erst in der letzten Sitzung haben wir die genauen Baukosten erhalten. In den Ortsausschüssen wurden keine genauen Zahlen bekanntgegeben und es gab auch sonst keine Informationen.

Bürgermeisterin:

Für deine Flugzettel hast du aber bereits genug Informationen gehabt. Für die Sitzung am 24. März sind alle Details samt Kostenermittlung vorgelegen. Als Gemeinderatsmitglied kann man auch in die Unterlagen vor der Sitzung Einsicht nehmen. Du bist jetzt seit 2012 im Gemeinderat. Meines Wissens hast du noch nie in die Tagesordnungen Einsicht genommen. Dann darfst du dich auch nicht beschweren, wenn du keine Informationen hast.

GR Kager Karl Josef:

Das stimmt nicht. Ich habe sehr wohl schon Einsicht genommen. Das wird der Amtsleiter bestätigen können.

Amtsleiter:

Das kann ich leider nicht bestätigen.

GR Kager Karl Josef:

Die Vorgehensweise ist für mich nicht in Ordnung. Du hättest alles in den Ortsausschüssen genau besprechen lassen müssen.

Bürgermeisterin:

Dieses Bauprojekt wurde in mehr als 10 verschiedenen Sitzungen besprochen und vorgestellt. Es ist nicht nur die Aufgabe der SPÖ-Fraktion über ein solches Projekt zu berichten. Das können auch die anderen Fraktionen tun. Ihr habt lediglich einen Schmierzettel mit zum Teil unrichtigen Informationen veröffentlicht.

GR Kager Karl Josef:

Wir haben ein Informationsblatt ausgeschildert und dann haben mich sehr viele Leute darauf angesprochen und gefragt, was da los ist.

Bürgermeisterin:

Ich bin sehr viel in der Großgemeinde unterwegs und habe sehr wohl die Bürgerinnen und Bürger darüber informiert. Diese Unterstellung weise ich zurück.

GR Kager Karl Josef

Ich möchte nochmals festhalten, dass die Ortsteile keine Kenntnis über die tatsächlichen Baukosten hatten. Alle Ortsvorsteher haben sich für dieses Bauprojekt ausgesprochen und somit tragen sie auch die Mitverantwortung.

Warum gibt es keine Kostenschätzung für die Sanierung des derzeitigen Gemeindeamtes? Warum bezieht man nicht das Fassel Haus in eine Planung mit ein? Warum muss dieses Bauprojekt auf Biegen und Brechen umgesetzt werden?

Bürgermeisterin:

Betreffend Sanierung des derzeitigen Gemeindeamtes habe ich eingangs bereits ausreichend Stellung bezogen. Dieses Gebäude ist aufgrund der geringen Flächen für eine Sanierung nicht geeignet. Zudem möchte ich dort die Gesundheitsversorgung sicherstellen. Zum Thema Ankauf Fassel-Haus darf ich auf den TOP 8 verweisen.

GR Wiesinger Helmut:

Bei der Sitzung des Ortsausschusses Redlschlag am 30.10.2016 wurde das Bauprojekt vorgestellt. Allerdings gab es keine Baukosten. Ich habe das Protokoll heute mit. Diese Informationen sind einfach zu wenig.

Bürgermeisterin:

Ich habe das Protokoll auch gelesen. Es wurde ausführlich darüber gesprochen. Die genauen Zahlen gab es am 3. März 2017.

GR Roth Manfred:

Bei uns haben wir auch darüber gesprochen, allerdings wurde nicht abgestimmt. Es wurde nur vereinbart, dass man dieses Projekt weiterverfolgen wird. Ich glaube aber schon, dass die Bevölkerung das Recht darauf hat, zu wissen, was das ganze kostet. Denn ein Gemeindehaus baut man nicht alle 5 Jahre.

GR Puhr Adolf:

Wir in Stuben besprechen grundsätzlich alles im Ortsausschuss. Es wurde auch über dieses Bauprojekt gesprochen. Nur gab es keine Zahlen. Uns war nicht bewusst, was uns das ganze kostet.

Bürgermeisterin:

Ich bin der Meinung, dass genug Information an die Bevölkerung gegangen ist und diese sehr wohl weiß, was wir planen und umsetzen. Ich möchte mir nicht vorstellen, wie die Bevölkerung reagieren würde, wenn wir keine geeignete Praxis für einen Arzt zur Verfügung stellen könnten. Die Gesundheitsversorgung ist mir nämlich ein sehr großes Anliegen. Ich werde nun dieses Bauprojekt zur Abstimmung bringen.

Vizebürgermeister:

Ich möchte noch folgendes erwähnen. Die ÖVP ist nicht gegen ein Gemeindezentrum, sondern dafür. Nur nicht unter diesen Bedingungen.

Bürgermeisterin:

Das nehme ich zu Kenntnis.

GR Kager Karl Josef:

Seitens der FPÖ-Fraktion wird festgehalten, dass die Vorgehensweise nicht richtig war. Ortsausschüsse und die Bevölkerung wurden übergangen.

Bürgermeisterin:

Ich werde nun dieses Bauprojekt zu Abstimmung bringen.

Die Bürgermeisterin stellt somit folgenden

Beschlussantrag:

Umsetzung des Bauprojektes Gemeindezentrum Bernstein (Gemeindeamt und Bauhof) mit der Oberwarter gemeinnützigen Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft, reg. Gen.m.b.H., FN: 126479z, auf Grundlage der von der OSG erstellten Projektunterlagen und dem vorliegenden Vereinbarungsentwurfes, vorbehaltlich der Endabrechnung der Grund- und Baukosten. Nach endgültiger Abklärung sämtlicher Punkte dieser Vereinbarung erfolgt die nach Vorgabe der Bgld. Gemeindeordnung Unterfertigung der Bürgermeisterin und 2 weiteren Gemeinderatsmitgliedern.

Abstimmung:

Für den Antrag stimmten: Bürgermeisterin Habetler Renate, Böhm Wilhelm, Schaffer Silvia, Laschober Alexander, Böhm Gerald, Stampf Christian, Mag. Fleck Ernst, Baldauf Thomas, Schmidt Alfred, Panc Raluca-Dana, Kappel Andreas, Pichlbauer Thomas, Marth Joachim und Ing. Weber Bernhard

Gegen den Antrag stimmten: Vizebürgermeister Ing. Zettl Markus, Puhr Adolf, Meichenitsch Josef, Wiesinger Helmut, Derkits Gerald, Roth Manfred, Fürst Adolf und Kager Karl Josef

Zu TOP 2:

Bürgermeisterin:

Nach Absprache mit Herrn Vizebürgermeister wurde von der OSG das ursprüngliche Kaufangebot über den Ankauf des derzeitigen Gemeindeamtes, Alois Wesselyplatz 6, dahingehend abgeändert, als dass das gesamte Erdgeschoß im Eigentum der Gemeinde verbleibt. Für den restlichen Teil liegt demnach ein Kaufangebot in Höhe von EUR 119.055,98 vor. Ich werde nun dieses Kaufangebot der OSG vom 16.03.2017 verlesen. Gibt es dazu Fragen?

Vizebürgermeister:

Wir haben über dieses Kaufangebot in unserer Fraktionssitzung gesprochen. Dieses Angebot ist für uns einfach zu wenig. Wir sind daher gegen einen Verkauf. Unserer Meinung nach sollte es von der Gemeinde selbst saniert werden. Man hätte zumindest eine Ausschreibung über den Verkauf machen sollen.

Ing. Fleck Andreas (OSG):

Ich möchte ausdrücklich erwähnen, dass ich jetzt in meiner Funktion als Mitglied des Ortsausschusses Redlschlag spreche.

Die Großgemeinde Bernstein hat ein Gebäude zu verkaufen, wo es sogar einen Käufer gibt. Die OSG bietet für dieses sanierungsbedürftige Gebäude EUR 120.000,00 und beabsichtigt dieses für Wohnzwecke zu sanieren.

Vizebürgermeister:

Ich habe eine Zwischenfrage. Das Erdgeschoß bleibt im Eigentum der Gemeinde? Wieviel wird uns eine Sanierung dieser Fläche kosten?

Ing. Fleck Andreas (OSG):

Das kann ich nicht sagen, weil es von der Nutzung abhängig ist. Ich schätze allerdings, dass eine Gesamtanierung mit Umbau weit über EUR 500.000,00 kosten würde. Das ganze allerdings ohne einen Bauhof. Normalerweise darf man über dieses Kaufangebot nicht lange nachdenken. Wir in Redlschlag haben letztes Jahr unser altes Gemeindehaus um EUR 25.000,00 verkauft, und wir sind froh darüber. Denn eine Sanierung hätten wir uns nicht leisten können. Sollte es zu keinem Verkauf des Gemeindeamtes kommen, und die Gemeinde will es selbst sanieren, dann werde ich im Ortsausschuss Redlschlag nicht mitstimmen. Schließlich betrifft dieses Gebäude alle Ortsteile.

DI Schmidt Johann (OSG):

Als Vertreter der OSG möchte ich festhalten, dass wir nur ein Kaufangebot gelegt haben. Die Gemeinde kann mit dem Gebäude machen was sie will. Die Gemeinde kann auch noch andere Angebote einholen. Dieses Kaufangebot war eigentlich ein Entgegenkommen unsererseits, weil man geglaubt hat, damit etwas Sinnvolles und Nachhaltiges daraus zu machen. Ein gerichtlich beeideter Sachverständiger hat dieses Gebäude geschätzt und wir haben auf Grund dessen unser Angebot abgegeben. Es ist nur ein Angebot, nicht mehr und nicht weniger.

Bürgermeisterin:

Erstens glaube ich, dass dieses Angebot ein sehr gutes ist und wir dieses auch annehmen sollten. Zweitens bin ich der Meinung, dass das Schätzgutachten von Herrn Ing. Bayer Werner mehr als gut ist.

Vizebürgermeister:

Jeder hat seine Meinung.

DI Schmidt Johann (OSG):

Man sollte dieses Thema allerdings nicht verzögern, weil auch hier bereits die Zeit drängt.

Bürgermeisterin:

Das ist richtig. Herr Dr. Wagner Johann hat mir mitgeteilt, dass er mit Ende des nächsten Jahres in Pension gehen möchte. Daher sollten wir dementsprechend bauliche Änderungen berücksichtigen.

GR Kager Karl:

Die OSG kauft das Gebäude und die OSG saniert. Das ist für mich wie ein Kuhhandel. Normalerweise muss man ein öffentliches Gebäude ausschreiben.

Bürgermeisterin:

Wir als Gemeinde sind für die Gesundheitsversorgung per Gesetz zuständig. Ich finde es durchaus sinnvoll, wenn man neben einer Gynäkologin auch gleich einen praktischen Arzt und eine Physiotherapie hätte. Mir liegt es sehr am Herzen, die ärztliche Versorgung meiner Bevölkerung in guten Händen zu wissen.

GR Ing. Kappel Andreas:

Ich bin von Beruf Baumeister und im Bereich Sanierung tätig. Ich bin gerne bereit eine Kostenschätzung über eine Sanierung dieses Gebäude zu erstellen. Nur eines kann ich jetzt schon sagen, dass uns eine solche Sanierung weit teurer kommen würde, als das Gemeindeprojekt mit der OSG. Bei einer Sanierung des alten Gemeindeamtes wird sich der Ortsteil Redlschlag sicher nicht finanziell beteiligen.

DI Schmidt Johann (OSG):

Bei diesem Gebäude hätte die Gemeinde nur das Risiko vom Erdgeschoß zu tragen. Alles andere ist Sache der OSG. Hier hat die Gemeinde keine Kosten. Bei einem Umbau des EG fallen die Kosten natürlich der Gemeinde zu.

GR Roth Manfred:

Es muss uns bewusst sein, dass man Eigentum nur einmal verkaufen kann. 50 Jahre lang hat man dieses Gebäude praktisch verfallen lassen, weil man kein Geld hatte. Und jetzt auf einmal können wir uns alles leisten?

Bürgermeisterin:

Das stimmt so nicht. Dieses Gebäude ist schon mehrmals saniert und umgebaut worden.

GR Roth Manfred:

Und jetzt ist es abbruchreif?

DI Schmidt Johann (OSG):

Das ist nicht wahr. Dieses Gebäude wird nicht abgerissen, sondern saniert. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

GR Baldauf Thomas:

Der neue Standort ist sicher für Bernstein eine Aufwertung. Zum Thema Kuhhandel: Wir haben in den letzten fast 2 Jahrzehnten viele Projekte mit der OSG umgesetzt. Die OSG war immer ein kompetenter und verlässlicher Partner. So eine Aussage in den Raum zu stellen, würde ich mir nicht gefallen lassen.

GR Ing. Kappel Andreas:

Mit dieser Einstellung gegen alles Neue zu sein, wird uns in Zukunft sicher nicht weiter bringen.

Vizebürgermeister:

Wir wissen nach wie vor nicht, was es kostet.

Ing. Fleck Andreas (OSG):

Um EUR 120.000,00 wird man das EG sicher nicht umbauen können. Es muss ein behindertengerechter Zugang sowie eine neue Heizung geschaffen werden. Das ist allerdings nur das Geringste.

DI Schmidt Johann (OSG):

Frau Bürgermeisterin, ich möchte nochmals festhalten, dass die OSG lediglich ein Angebot gelegt hat. Wenn dieses Angebot momentan noch nicht reif ist angenommen zu werden, ist das auch kein Problem. Allerdings würde ich zumindest eine Frist für eine Entscheidung setzen.

Bürgermeisterin:

Ich habe mir betreffend des Schätzgutachtens auch noch eine andere Fachmeinung eingeholt. Dieser hat mitgeteilt, dass wir das Angebot der OSG annehmen sollten, weil es sicher keine weiteren Angebote in dieser Höhe geben wird.

GR Derkits Gerald:

Ich möchte festhalten, dass, wenn wir eine solche Debatte über das Gemeindeamt Alt und Neu schon vorher so ausführlich geführt hätten, dann hätten viele von uns ein ganz anderes Verständnis zu diesem Thema gehabt. Wir hätten dann teilweise sicher eine andere Meinung vertreten.

Bürgermeisterin:

Das nehme ich so zur Kenntnis. Es hat mehr als 10 Sitzungen gegeben. Es ist nicht nur meine Aufgabe über den Ausgang solcher Besprechungen zu informieren. Es hätte auch der Herr Vizebürgermeister tun können. Er war über alles informiert. Ich werde nun das Kaufangebot der OSG zur Abstimmung bringen.

Die Bürgermeisterin stellt somit folgenden

Beschlussantrag:

Die Marktgemeinde Bernstein verkauft an die Oberwarther gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft reg. Gen.m.b.H., auf Grundlage des vorliegenden Kaufangebotes vom 16.03.2017, die Obergeschoße 1 und 2 des Gebäudes Alois Wesselyplatz 6, mit einer Nutzfläche von 400 m², errichtet auf dem Grundstück Nr. 198 des Grundbuches 34009 Bernstein, zum Kaufpreis in Höhe von EUR 119.055,98. Der aliquote Kaufpreis beruht auf Basis des, vom Sachverständigen Ing. Bayer Werner, erstellten Gutachtens.

Abstimmung:

Für den Antrag stimmten: Bürgermeisterin Habetler Renate, Böhm Wilhelm, Schaffer Silvia, Laschober Alexander, Böhm Gerald, Stampf Christian, Mag. Fleck Ernst, Baldauf Thomas, Schmidt Alfred, Panc Raluca-Dana, Kappel Andreas, Pichlbauer Thomas, Marth Joachim und Ing. Weber Bernhard

Gegen den Antrag stimmten: Vizebürgermeister Ing. Zettl Markus, Puhr Adolf, Meichenitsch Josef, Wiesinger Helmut, Derkits Gerald, Roth Manfred, Fürst Adolf und Kager Karl Josef

Zu TOP 3:

Bürgermeisterin:

Die Aufnahme des Güterweges „Rettenbach-Dreihütten“, 3. progr. Insth. (Erweiterung) in die programmierte Instandhaltung wurde von der Bgld. Landesregierung, Abteilung 5 - Baudirektion, genehmigt.

Das vorliegende Projekt sieht eine Ausbaustrecke von insgesamt 1.805 m vor.

Die geschätzten Gesamtbaukosten betragen rund EUR 139.000,00. Die förderbare Bausumme der Projektänderung beträgt EUR 120.000,00. Zu dieser Bausumme wird eine Förderung in der Höhe von EUR 60.000,00, das sind 50%, nach Vorhandensein öffentlicher Mittel in Aussicht gestellt. Der voraussichtliche Gemeindeanteil wird mit EUR 60.000,00, das sind 50%, beziffert. Ein Rechtsanspruch besteht nicht.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig die vorliegende Verpflichtungserklärung, betreffend die Aufnahme des Güterweges „Rettenbach-Dreihütten“ in den Arbeitsplan der programmierten Instandhaltung des Landes Burgenland, welche ein wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses ist.

Zu TOP 4:

Bürgermeisterin:

Die Gemeinde Bernstein ist eine von 8 Gemeinden im Bezirk, die an diesem Projekt teilgenommen hat. Alle bisherigen Aktivitäten in der Großgemeinde wurden zur Gänze gefördert. Man hat dadurch versucht, die Lebensqualität von älteren Personen zu erhöhen. Neben der Gemeinde haben auch noch die NMS Bernstein, die VS Bernstein und der Kindergarten Bernstein mitgewirkt.

Ich bin der Meinung, dass wir auch zukünftig für unsere ältere Generation gesundheitsfördernde Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen sollten. Aus diesem Grund ersuche ich die vorliegende Charta zu beschließen.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig die vorliegende Charta zur nachhaltigen Gesundheitsförderung in der Gemeinde Bernstein, zur Schaffung von Rahmenbedingungen für eine gesundheitsförderliche Lebenswelt für ältere Personen im Rahmen des Gesundheitsförderungsprojektes „Gemeinsam gesund alt werden im Bezirk“. Diese Charta ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses.

Zu TOP 5:

Bürgermeisterin:

Ich darf die Frau Ortsvorsteherin ersuchen uns über den Stand der Dinge zu informieren.

Katona Petra:

Die Vereinbarung, so wie sie am 30. Dezember 2016 im Gemeinderat beschlossen wurde, wurde von den betroffenen Landwirten nicht angenommen und nicht unterfertigt. Die Bedingung der Gemeinde, dass diese Flächen zu einem Wasserschutzgebiet umgewandelt werden sollen, wurde nicht akzeptiert. Die Landwirte haben erklärt, dass sie sich bei der Landwirtschaftskammer rechtlich beraten werden lassen.

Die Gemeinde hat dann ein Schreiben von der Landwirtschaftskammer erhalten. Aus diesem Schreiben geht hervor, dass die Einbringung von freiwilligen Leistungen die Voraussetzung für die Gewährung der ÖPUL-Förderungen ist. Es ist ihnen aber auch bewusst, dass die Gemeinde eine langfristige Vereinbarung zur Lösung dieses Problems anstrebt. Aus diesem Grund wird folgender Kompromissvorschlag angeboten, welche in die Vereinbarung aufgenommen werden soll: *„Das das gegenständliche Grundstück in dieser Form weiter bewirtschaftet wird, solange der sich aus der Summe von WF-Prämie und Gemeindegeldzuschuss ergebende Betrag bezahlt wird“.*

Ich habe mit der Frau Bürgermeisterin und dem Herrn Vizebürgermeister darüber gesprochen. Des Weiteren habe ich mit Herrn Dr. Nemeth (BH Oberwart) Rücksprache gehalten und er hat mir empfohlen, dass wir diesen Kompromissvorschlag mit den betroffenen Landwirten vorerst eingehen sollten. Wir sprechen hier von EUR 1.087,00 pro Jahr. Dr. Nemeth hat gesagt, wir sollen jetzt die nächsten 4 bis 5 Jahre beobachten. Erst dann wird man sehen, ob diese Maßnahmen überhaupt eine Verbesserung des Trinkwassers bewirkt hat. Alle anderen Maßnahmen (Wasserschutzgebiet, Grundankauf/Pachtung) wäre sehr aufwendig und kostspielig.

Bürgermeisterin:

Das Trinkwasser wird in regelmäßigen Abständen kontrolliert. Sollte es zu einer Verbesserung kommen, dann muss man ohnehin über weitere Schritte diskutieren. Ich möchte euch daher ersuchen, dass wir heute diese abgeänderte Vereinbarung beschließen.

Vizebürgermeister:

Ich darf in diesem Zusammenhang auf den damaligen Beschluss verweisen. Wenn sich der Ortsteil Dreihütten diese Förderung leisten kann und es der Ortsausschuss so vorgibt, dann wird es von uns auch die Zustimmung geben.

Bürgermeisterin:

Ich möchte hier nur festhalten, dass mir diese Formulierung „*wenn der Ortsteil sich das leisten kann*“ überhaupt nicht gefällt. Wir sind eine Großgemeinde und müssen auch so auftreten. Es ist wichtig, dass man sich gegenseitig hilft. Das war bis jetzt so und soll auch in Zukunft so sein.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig die Gewährung einer Förderung für die Landwirte Ulreich Hans, Schwarz Degenhart und Pahr Hermann, für die als WF-Flächen genutzten Grundstücke Nr. 582, 588 und 590 in der KG Dreihütten, für die Jahre 2017 bis 2021. Gleichzeitig wird der Beschluss vom 30.12.2016 über die Gewährung einer Förderung für Landwirte aufgehoben. Die Vereinbarungen sind ein wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses.

Zu TOP 6:

Bürgermeisterin:

Der Landesfeuerwehrverband hat mit Schreiben vom 9. Feber 2017 den Ankauf eines Kleinlöschfahrzeuges (KLF) samt Tragkraftspritze für die FF-Stuben genehmigt. Ich darf nun Herrn GV Puhr Adolf ersuchen, dass er uns über den Stand der Dinge informiert.

GV Puhr Adolf:

Im Jahr 2015 wurde der Land Rover ausgeschieden. Aus diesem Grund ist es erforderlich ein KLF-Fahrzeug anzukaufen. Die FF Stuben hat sich schlussendlich für eine Pick-Up-Version der Marke Ford Ranger entschieden, die als KLF ausgeführt werden soll. Die Kosten für dieses Fahrzeug betragen ca. EUR 25.500,00. Der entsprechende Aufbau kommt von der Fa. Kofler (Südtirol) und beträgt ca. EUR 23.000,00. Die Tragkraftspritze der Marke Rosenbauer kostet maximal EUR 14.000,00. Die Gesamtkosten belaufen sich daher unter EUR 70.000,00. Für dieses Fahrzeug wird eine Landesförderung von 33% der Anschaffungskosten, maximal jedoch EUR 30.000,00, bereitgehalten. Für den Ankauf der Tragkraftspritze ist zusätzlich eine Förderung von EUR 5.000,00 vorgesehen.

Bürgermeisterin:

Vielen Dank für die ausführliche Information. Ich glaube, dass diese Investition auch im Sinne des Gemeinderates ist und ich ersuche daher um Beschlussfassung.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig den Ankauf eines Kleinlöschfahrzeuges (KLF) der Marke Ford Ranger samt Tragkraftspritze für die FF Stuben.

Zu TOP 7:

Bürgermeisterin:

Ich darf das Wort an den Ortsvorsteher übergeben.

GR Böhm Wilhelm:

Am kommenden Donnerstag soll die Fundamentplatte betoniert werden und am kommenden Montag wird die Fa. Handler Bau mit den Baumeisterarbeiten beginnen. Die Elektroarbeiten, die Zimmerer- und Spenglerarbeiten sowie die Lieferung und Montage der Garagentore wurden in der Zwischenzeit ausgeschrieben und sollen heute vergeben werden.

Elektroarbeiten:

Folgende Angebote liegen vor:

- Funktechnik Klein EUR 7.519,80 inkl.
- Elektro Schweitzer EUR 7.857,83 inkl.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig die Vergabe der Elektroarbeiten an den Billigstbieter, die Fa. Funktechnik Klein, auf Grundlage des Angebotes mit einem Betrag von EUR 7.519,80 inkl.

Zimmerer- und Spenglerarbeiten:

Folgende Angebote liegen vor:

- Fa. Handler Bau EUR 23.538,05 inkl.
- Fa. Strobl EUR 27.524,66 inkl.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig die Vergabe der Zimmerer- und Spenglerarbeiten an den Billigstbieter, die Fa. Handler Bau, auf Grundlage des Angebotes mit einem Betrag von EUR 23.538,05 inkl.

Lieferung und Montage der Garagentore:

Folgende Angebote liegen vor:

- Fa. Tor-Center Oberwart EUR 9.840,00 inkl.
- Fa. Leitner EUR 9.940,00 inkl.
- Fa. Hörmann EUR 11.905,20 inkl.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig die Vergabe über die Lieferung und Montage der Garagentore an den Billigstbieter, die Fa. Tor-Center Oberwart, auf Grundlage des Angebotes mit einem Betrag von EUR 9.840,00 inkl.

Zu TOP 8:

Bürgermeisterin:

Ich habe mit der Erbin Fassl Susanne telefoniert und ihr gesagt, dass wir diesen Punkt bei der Sitzung am 24. März 2017 zusätzlich auf die Tagesordnung nehmen werden. Leider ist es dann zu keinem Beschluss gekommen, weil die Fraktionen der ÖVP und FPÖ die Sitzung verlassen haben. Ich habe am darauffolgenden Montag mit Frau Fassl telefoniert und sie darüber in Kenntnis gesetzt. Ich habe sie ersucht, dass sie der Gemeinde die Frist für diesen Grundsatzbeschluss bis zur nächsten GR-Sitzung verlängert. Sie hat uns dann am 31. März 2017 per e-mail folgendes mitgeteilt: *„Sehr geehrter Gemeinderat! Im Sinne der Erben der Liegenschaft Gerda Fassl soll das Grundstück geteilt werden. Eine Hälfte des Grundstückes zum Erwerb der Familie Karl Ludwig und die andere Hälfte zum Erwerb der Marktgemeinde Bernstein.“* Es liegt auch ein Bewertungsgutachten von Reg.Rat. Ing. Adorjan Stefan vor, in welchem die Liegenschaft mit EUR 62.000,00 geschätzt wurde. Die Erben wollen die Liegenschaft so schnell wie möglich verkaufen und sind mit dem Kaufangebot von EUR 62.000,00 einverstanden. Heute Vormittag habe ich auch mit Herrn Ludwig ein Gespräch geführt. Auch er ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden. Daher geht mein Antrag dahin, dass wir die eine Hälfte (Grundstück Nr. 289, Flächenausmaß: 862 m²), welche an das Feuerwehrhaus angrenzt, um den vereinbarten Kaufpreis von EUR 31.000,00 erwerben.

Vizebürgermeister:

Das ist jetzt eine ganz andere Situation. Wir wurden darüber von dir nicht informiert.

Bürgermeisterin:

Ich habe das e-mail von Frau Fassl wie bereits erwähnt am 31. März 2017 erhalten und habe es für die Sitzung am 4. April 2017 in die Gemeinderatsmappe gelegt. Wenn du keine Einsicht nimmst, dann kann ich auch nichts dafür. Im Übrigen müssen wir froh sein, dass wir wenigstens die Hälfte bekommen.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig den Ankauf des auf Grundlage des Teilungsplanes vom DI Kurt Huber neu gegründeten Grundstückes Nr. 289 in der KG Bernstein mit einem Flächenausmaß von 862 m² zum Kaufpreis von EUR 31.000,00. Mit der Errichtung des Kaufvertrages wird das Notariat Lehner & Bencsics beauftragt.

Zu TOP 9:

Bürgermeisterin:

- Mit Schreiben vom 29.03.2017 ist Herr Roth Andreas, wohnhaft in Bernstein, Hauptstraße 58, mit sofortiger Wirkung aus dem Ortsausschuss Bernstein zurückgetreten. Ich darf Herrn Vizebürgermeister ersuchen eine Person zeitgerecht in den Ortsausschuss zu berufen.
- Beim Siedlungsgebiet Steinwand werden nun 6 weitere Bauplätze aufgeschlossen. Mehr hat der Landschafts- und Naturschutz nicht zugelassen. Die 17. Flächenwidmungsplanänderung wurde bereits eingeleitet.
- Der Voranschlag 2017 wurde von der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis genommen.
- Die Flurreinigung in Bernstein und in den Ortsteilen findet heuer am 8. April 2017 statt.

- Die Umrüstung der Straßenbeleuchtung des letzten Abschnittes in Bernstein wird derzeit durchgeführt.

GR Kager Karl Josef:

- Die Wehren in Rettenbach und Stuben sollten ausgeräumt werden. GR Laschober Alexander: Die Wildbachabteilung hat diese besichtigt und alles für in Ordnung befunden.

GR Roth Manfred:

- Wie hoch sind die geschätzten Baukosten bei der Lagerhalle in Redlschlag? GR Böhm Wilhelm: Ca. EUR 70.000,00. Das Gebäude hat eine Figuration von 20 m x 9 m.

GR Derkits Gerald:

- In meiner Funktion als Polizeibeamter in Bernstein möchte ich hiermit auf das Projekt „*Gemeinsam sicher*“ des Innenministeriums hinweisen. Ziel ist es, dass der Kontakt zwischen Polizei und der Bevölkerung intensiviert wird. Die Menschen sollen keine Scheu haben, bei Gewalttaten oder Einbruchdelikten beispielsweise, zur Polizei zu gehen. Der Polizei wurde es nunmehr ermöglicht, mit gewissen Sicherheitspartnern und Personen, hier zusammenzuarbeiten. In der Gemeinde Bernstein gibt es folgende Ansprechpartner: Von der Gemeinde ist das die Frau Bürgermeisterin und der Herr Vizebürgermeister. Von Seiten der Polizei sind ich und mein Kollege Gruber die Ansprechpersonen. Wobei ich eher für die Gemeinde Bernstein zuständig bin. Herr Gruber kümmert sich um die Großgemeinde Unterkohlstätten. Bürgermeisterin: In diesem Zusammenhang darf ich auch von Seiten der Gemeinde Räumlichkeiten für eventuelle Veranstaltungen zur Verfügung stellen.

Ende der Sitzung: 21:30 Uhr

Die Bürgermeisterin:

Der Schriftführer:

Die Protokollbeglaubiger: